

Gschwätz



Nach 2014 soll 2019 im Baselbiet erneut ein Kantonschützenfest durchgeführt werden. Und zwar in Sissach als Zentrum mit verschiedenen Ausschiessplätzen. OK-Präsident ist alt Nationalrat **Caspar Baader**. Böse Zungen behaupten nun, Oberst Baader sei eines der wenigen politischen Aushängeschilder, und das sind OK-Präsidenten in erster Linie, die noch in der Lage sind, das Schiessprogramm von A bis Z auch selbst zu absolvieren. Gu



Das nennt man noch Pflichtbewusstsein und Dienst an der Allgemeinheit. Obschon ihm die Möhliner Stimmberechtigten beim beabsichtigten Verkauf des Sportplatzes Riburg an der Urne eine Abfuhr erteilt haben, stellt sich Gemeindepräsident **Fredy Böni** für eine vierte Amtsperiode zur Verfügung. Er sei trotz kraftraubender und arbeitsintensiver Amtsjahre noch nicht amtsmüde. Und überhaupt: Was ein Ehrenmann ist, hält Wort. 2006 drohte Böni drei bis vier Amtsperioden an. Gu

Nachrichten

Zwei Verletzte nach Frontalzusammenstoss

Liesberg. Eine Frontalkollision mit zwei Autos am Donnerstagabend forderte zwei Verletzte. Laut einer Mitteilung der Baselbieter Polizei geriet auf der Baselstrasse in Liesberg in Richtung Delsberg eine 30-jährige Autofahrerin aus nicht geklärten Gründen auf die Gegenspur und kollidierte mit einem entgegenkommenden Auto. Beim Zusammenstoss wurden beide Lenkerinnen verletzt.

Leimentaler Gemeinden planen die Zukunft

Allschwil. Um mit dem Wirtschafts- und der Bevölkerungswachstum im Leimental Schritt zu halten, nehmen 13 Gemeinden aus den solothurnischen und Baselbieter Leimental die räumliche Entwicklung in die eigenen Hände. Seit 2015 ist die Verkehrs- und Raumplanungskommission Leimental an der Arbeit, Ende dieses Jahres soll das Regionale Raumkonzept Leimental vorliegen, heisst es in einer Mitteilung des Gemeindebundes. Aus dem Konzept sollen konkrete Massnahmen abgeleitet werden. Ziel ist die weitere Förderung des Wirtschaftsstandorts, wobei die Lebensqualität bewahrt und verbessert werden soll.

Schützen prüfen Zusammenschluss

Liestal/Basel. Die Kantonschützengesellschaft Baselland, der Kantonal-Schützenverband Basel-Stadt und der Schiesssportverband beider Basel wollen künftig gemeinsame Wege gehen. Wie die *Volksstimme* meldet, wird in den kommenden Wochen ein Bericht zu einer Fusion den Delegierten der Verbände zur Diskussion vorgelegt. Insbesondere der Mangel an Führungskräften in den Verbänden habe den Ausschlag für die Fusionspläne gegeben, heisst es. Ziehen die drei Verbände mit, sollen die Schützen der beiden Basel 2019 unter einem Dach vereint werden.

Gemeinderat verzweifelt gesucht

Lupsingen. Nach dem Rücktritt von Rolf Sommer und einer ergebnislosen Ersatzwahl vom 12. Februar besteht im Lupsinger Gemeinderat nach wie vor eine Vakanz. Kandidaten sind bis heute Mangelware. Der Gemeinderat ruft im Mitteilungsblatt die Einwohner auf, sich im lebendigen, aktiven und attraktiven Dorf zu engagieren. Die Nachwahl ist auf den 21. Mai angesetzt.

Verkehrsvorlage droht der Absturz

Der Kommissionsbericht zum ÖV-Leistungsauftrag sorgt allseits für Kopfschütteln

Von Oliver Sterchi

Liestal. Noch hat der Landrat die Vorlage gar nicht behandelt, schon zeichnet sich ihr Scheitern ab. Die Rede ist vom achten Generellen Leistungsauftrag für den öffentlichen Verkehr (GLA). Die vorberatende Bau- und Planungskommission will nämlich auch bei den gut ausgelasteten Unterbaselbieter Buslinien Einsparungen vornehmen (die BaZ berichtete), was sich als Bärendienst für das Geschäft erweisen könnte.

Die von der BPK als Akt der «innerkantonalen Solidarität» bezeichneten Kürzungen beim Kursangebot in der Agglomeration stossen nämlich von links bis rechts und vom Unter- bis ins Oberbaselbiet auf Ablehnung. Damit könnte eine breit abgestützte Allianz aus allen politischen Lagern die Vorlage zu Fall bringen.

Unmut in der Agglomeration

Bis anhin war man davon ausgegangen, dass der Sparhammer nur die ungenügend ausgelasteten Verbindungen im Oberbaselbiet treffen würde. Dass nun auch die bevölkerungsreiche Agglomeration von einem Leistungsabbau im öffentlichen Verkehr betroffen sein soll, sorgt bei den dortigen Gemeindepräsidenten für rote Köpfe. «Ich kann die Argumentation der BPK nicht nachvollziehen. Es kommt schliesslich auf die Auslastung der Buslinien an und nicht darauf, ob wir solidarisch sind», sagt Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP). Er verweist zudem auf den innerkantonalen Finanzausgleich, bei dem Reinach zu den grössten Gebergemeinden gehört. «Wenn man nun im Unterbaselbiet Leistungen zusammenstreicht, setzt man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Agglomerationsgemeinden und damit auch den Finanzausgleich aufs Spiel», betont Hintermann.

Ins gleiche Horn stösst auch Nicole Nüssli, FDP-Gemeindepräsidentin von Allschwil: «Sollten diese Einsparungen bei den Buslinien durchgesetzt werden, käme das einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes gleich. Das Baselbiet wird in Zukunft vor allem im unteren Kantonsteil wachsen. Daher ist es für



Gut ausgelastet. Das Busangebot im Unterbaselbiet ist sehr gefragt. Foto Dirk Wetzel

mich unverständlich, warum man uns derartige Steine in den Weg legt», sagt Nüssli. Es sei vor allem befremdend, dass die BPK diesen Antrag gestellt habe, ohne Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden zu nehmen, ärgert sich Nüssli. Mit den Unterbaselbietern gewinnen die Gegner des geplanten

ÖV-Abbaus im Oberbaselbiet wertvolle Verbündete. Da über den Leistungsauftrag nur als Ganzes abgestimmt werden kann, dürften die bevölkerungsreichen Agglomerationsgemeinden den Ausschlag geben. Darauf hoffen insbesondere Vertreter aus dem links-grünen Lager, die an vorderster Front gegen die

Sparpläne beim öffentlichen Verkehr kämpfen. «Der Antrag der BPK, nun auch im Unterbaselbiet beim ÖV abzubauen, ist inakzeptabel», meint SP-Landrat Jan Kirchmayr. Damit ignoriere die rechtskonservative Kommissionsmehrheit die Tatsache, dass diese Buslinien einen vergleichsweise hohen Kostendeckungsgrad aufwiesen, sagt Kirchmayr. «Sollte es zu einem Referendum kommen, hätte dieses sicher gute Chancen. Die Bevölkerung duldet keinen weiteren Leistungsabbau beim öffentlichen Verkehr», stellt der SP-Landrat klar.

Referendum ist wahrscheinlich

Widerstand kommt derweil auch aus dem bürgerlichen Lager. Im «Baselbieter Komitee für den ÖV in den Randregionen», das sich unter anderem für den Erhalt des «Läufelfingerlis» einsetzt, engagieren sich mittlerweile acht bürgerliche Landräte. Darunter ist auch SVP-Landrat Peter Riebli. Er hält das Szenario eines erfolgreichen Referendums für realistisch: «In dieser Form ist die Vorlage mit grosser Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Der Landrat muss bezüglich Sparmassnahmen und ÖV-Angebot in den Randregionen nun einen Konsens finden, der politisch breit abgestützt ist.» Denn ein Scheitern des GLA wäre fatal, betont Riebli: «Dann stehen wir mit leeren Händen da und müssten unter Zeitdruck eine neue Vorlage ausarbeiten. Und das kann nun wirklich niemand wollen.» Rieblis Fraktionskollegin Susanne Strub ergänzt: «Mit ihrer Forderung nach Solidarität spielt die BPK das Ober- gegen das Unterbaselbiet aus. Das ist alles andere als zielführend.»

Hannes Schweizer, SP-Landrat und BPK-Präsident, rechtfertigt den Kommissionsentscheid so: «Die Kommissionsmehrheit hat den Abbau beim ÖV im oberen Kantonsteil teilweise korrigiert und dafür beschlossen, im Sinne einer Gegenfinanzierung Kürzungen im Unterbaselbiet vorzunehmen.» Der Kommissionspräsident räumt jedoch ein: «Die Anträge werden im Landrat sicher noch zu grossen Diskussionen führen. Nun muss das Parlament den GLA so ausgestalten, dass das Risiko eines Referendums minimiert wird.»

Liga der Baselbieter Steuerzahler profitiert von Abstimmungstrick

Über die beiden Initiativen zum Personalrecht wird getrennt entschieden

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Liga der Baselbieter Steuerzahler erhält gleich zweimal eine Chance, das Personalrecht des Kantons Baselland in ihrem Sinne an der Urne anpassen zu lassen. Im einen Fall geht es darum, die Bestimmungen des Obligationenrechts (OR) auch bei Kündigungen von Staatsangestellten anzuwenden. Im anderen Fall sollen automatische Lohnerhöhungen bei Staatsangestellten eingeschränkt werden. Der jetzt gefasste Beschluss des Landrats, die Behandlungsfrist nur für eines der beiden Volksbegehren zu verlängern, führt dazu, dass das Volk im Abstand von mindestens zwei Jahren separat über die beiden Anliegen abstimmen kann. Bereits deren Auftrennung in zwei verschiedene Volksinitiativen war 2013 durch einen Landratsbeschluss provoziert worden.

Mit dem doppelten Urnengang kann die Liga der Baselbieter Steuerzahler sehr gut leben, wie Präsident Jörg Felix der BaZ bestätigt. Die Initiativkomitees haben zwar Hand geboten, die Urnengänge für beide Begehren gemeinsam hinauszuschieben. Doch im Landrat waren sich SVP, FDP und SP einig, dass über die Koppelung des Kündigungsrechts an das OR sofort abgestimmt werden soll. Damit erhält das Volk doch noch das letzte Wort zu dieser umstrittenen Verschärfung des Kündigungsrechts. Erst vor drei Wochen hatte der Landrat dies im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren nach einer heftig geführten Debatte abgelehnt.

Den Trick, die Abstimmungen über die beiden Begehren mit dem unterschiedlichen Entscheid zur Behandlungsfrist auseinanderzunehmen, hat im Landrat die SVP herbeigeführt. Nach dem verlorenen Kampf der Bürgerlichen im Landrat um die verschärften Kündigungsmöglichkeiten ergibt sich schon im kommenden Herbst eine neue Gelegenheit, verschärfte Kündigungsmodalitäten durchzusetzen. Mit einem Bekenntnis zum OR durch das Stimmvolk würde die eben erst beschlossene Aufzählung von möglichen Kündigungsgründen im Personalgesetz wieder hinfällig und durch eine allgemeine Begründungspflicht ersetzt. Mit einem positiven Entscheid an der Urne fiele die vielleicht letzte noch übrig gebliebene Bastion des Beamtenstatus.

Ein politisches Pfand

Wie auch immer diese Abstimmung ausgehen wird: Mit der hinausgeschobenen Abstimmung über die Einschränkung automatischer Lohnerhöhungen für Staatsangestellte behalten die der Steuerliga nahestehenden Bürgerlichen ein politisches Pfand in der Hand. Mit der zweiten Initiative verlangt die Liga der Baselbieter Steuerzahler, dass das Privileg automatischer Lohnerhöhungen für Staatsangestellte vom Zustand der Staatskasse abhängig gemacht wird. Diese ziemlich massive Drohung könnte durchaus wirkungsvoll sein. Denn sie spielt bei der bevorstehenden Revision des Finanzhaushaltsgesetzes eine Rolle, wenn das Parlament neue Hürden für Steuererhöhungen gesetz-

lich verankern und eine Schuldenbremse einführen will.

Dass überhaupt zwei Initiativen der Liga hängig sind, ist dem Umstand zu verdanken, dass der Landrat die eine Initiative 2013 teilweise für ungültig erklärt hat. Ein Rechtsgutachten hatte damals Regierung und Parlament zu dem Entscheid bewogen. Weil die Löhne für das Staatspersonal gemäss Verfassung in der alleinigen Zuständigkeit des Landrats liegen, wurde dessen Aushebelung durch die Gesetzesinitiative für ungültig erklärt.

Verfassungsinitiative als Antwort

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler fand sich jedoch in der Folge nicht damit ab und entschied sich, das für ungültig erklärte Gesetzesbegehren mit einer neuen Initiative zu bekämpfen. Entsprechend wurden die automatischen Lohnerhöhungen in der Folge mit einer Verfassungsinitiative angegriffen. Die Unterschriften dafür kamen problemlos zusammen, so dass die Liga bereits ein gutes Jahr später die zweite Initiative mit den Verfassungsanpassungen nachzureichen vermochte.

Die «Verfassungsinitiative für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» will festschreiben, dass sich die Lohnentwicklung des Personals «an der finanziellen Situation des Kantons Baselland-Landschaft orientiert». Sie darf maximal um die Teuerung ansteigen. Vorbehalten würde lediglich «notwendige Anpassungen an ein marktgerechtes Lohnniveau». Dies wäre ein massiver Einschnitt ins heutige Lohngefüge.

Aufwind für Privatschulen

Landratskommission unterstützt einkommensabhängige Beiträge

Von Christian Horisberger

Liestal. 3,7 Millionen Franken jährlich will die Regierung sparen, indem sie die Kantonsbeiträge streicht, die bisher an Erziehungsberechtigte ausbezahlt werden, deren Kinder Privatschulen besuchen. 1500 Beiträge zu 2500 Franken werden an Eltern ausbezahlt – unabhängig von deren wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Regierung begründet die Streichung unter anderem damit, dass neben dem Kanton Zug das Baselbiet der einzige Kanton sei der diese Form von Subventionen kenne.

Die BKSK spricht sich klar gegen das heute angewendete Giesskannenprinzip aus und befürwortet stattdessen eine Härtefallklausel: Sollte ein anderes pädagogisches Modell für Kinder besser geeignet sein als jenes der Volksschule, solle die Schulwahl nicht an den finanziellen Mitteln scheitern. Entsprechend schlägt die Kommission vor, dass weiterhin Kantonsbeiträge von bis zu 2500 Franken jährlich ermöglicht werden – auf Gesuch der Erziehungsberechtigten und abhängig von Einkommen und Vermögen. Mit der Anpassung des Bildungsgesetzes stehe es dem Regierungsrat frei, die Vergabepaxis der Beiträge in der Verordnung zu definieren.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) unterstützt die Gesetzesvorlage mit 12:1 Stimmen, die Finanzkommission in ihrem Mitbericht mit 7:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Im Weiteren beschliesst die Kommission dem Landrat einstimmig die Kenntnisnahme der Petition «Lasst uns unsere Schule».